

### 2.1.1 Außenwirtschaftspolitik

Die Frage nach der Akteursqualität und internationalen Handlungsfähigkeit der EU stellt sich zunächst in Hinblick auf ihre institutionellen Strukturen (Entscheidungsverfahren, Kompetenzenverteilung) im Bereich der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Außenwirtschaftspolitik gehört der supranational ausgerichteten ersten Säule der EU an, den Europäischen Gemeinschaften (EG). Aufgrund der ökonomischen Ausrichtung der Politikinhalte werden außer dem internationalen Handel auch die Bereiche Entwicklungs- und internationale Umweltpolitik in die Betrachtung/Untersuchung miteinbezogen (vgl. Peters/Wagner 2005: 218).

Grundsätzlich liegt die Kompetenz für die Bestimmung der Politikinhalte im Bereich der Außenwirtschaft beim Europäischen Rat. Mit Ausnahme der Bereiche des weltweiten Austausches von Dienstleistungen sowie des Schutzes von geistigem Eigentum, hier werden Inhalte einstimmig entschieden, erfolgt die Festsetzung von Politikgehalten mit qualifizierter Mehrheit. Die Beschlussfassung der Verhandlungsergebnisse im Rat erfolgt ebenfalls grundsätzlich mit qualifizierter Mehrheit. Hiervon sind Verhandlungsergebnisse des internationalen Handels ausgenommen, die wiederum einstimmig ratifiziert werden. Die Europäische Kommission hat die ausschließliche Kompetenz die EU (EG) im Kernbereich der gemeinsamen Handelspolitik bei internationalen Verhandlungen zu vertreten. Dabei hat sie im Rahmen des vom Rat erteilten Verhandlungsmandats zu handeln und ist durch den Ausschuss „Artikel 133“ an den Rat gebunden. Anders als in der gemeinsamen Handelspolitik (mit Ausnahme der Bereiche Dienstleistungen und geistiges Eigentum) hat die Kommission laut den Verträgen in den Bereichen Entwicklungs- und internationale Umweltpolitik keine ausschließliche Kompetenz. In diesem Fall wird den Mitgliedstaaten überlassen, ihre Kompetenz an die Kommission abzutreten oder sie selbst wahrzunehmen. Die Mitgliedstaaten sind berechtigt, in den Bereichen der Entwicklungspolitik sowie der internationalen Umweltpolitik alleine zu agieren oder gemeinsam mit der EU (EG) aufzutreten bzw. sich durch die Kommission oder die Präsidentschaft vertreten zu lassen. Das Parlament ist an den Entscheidungen im Kernbereich der gemeinsamen Handelspolitik in der Regel nicht beteiligt. In den Bereichen Entwicklungspolitik sowie internationale Umweltpolitik hat das Parlament jedoch durch das Mitentscheidungsverfahren vollwertiges Mitbestimmungsrecht und muss seine Zustimmung erteilen.

Die Anwendung der in 2.1 aufgestellten Analytik zeigt folgende Ergebnisse: Da die Handelspolitik (Art. 131-134 EGV), die gemeinschaftliche Entwicklungspolitik (Art. 177-181 EGV) und die internationale Umweltpolitik (Art. 174, 175 EGV) in den Verträgen geregelt werden, hat die EU (EG) dadurch eine Kompetenzgrundlage. Dadurch kann von einem

hohen Grad an *authority* ausgegangen werden. Die Entscheidungen über die Inhalte in den gemeinsamen Politikbereichen erfolgen mit qualifizierter Mehrheit. Dieses Entscheidungsverfahren ermöglicht der EU (EG) einen hohen Grad an *cohesion*. Ausnahme hiervon sind die einstimmigen Entscheidungen in den Bereichen Dienstleistungen und geistiges Eigentum. Die Dimension *autonomy* impliziert, dass die EU (EG) unabhängig von den Mitgliedstaaten agieren kann. Dies ist innerhalb der betrachteten gemeinsamen Politikbereiche nur in der Handelspolitik gegeben. Durch die sich überschneidenden Kompetenzen in der Entwicklungspolitik und die alternativ-konkurrierenden Kompetenzen in der Umweltpolitik werden die EU (EG) und die Mitgliedstaaten dazu aufgefordert, ihre Maßnahmen zu koordinieren. Die hier angeführte Analyse legt die Vermutung nahe, dass die institutionellen Strukturen im Bereich der Außenwirtschaftspolitik keine klare Aussage über die Akteursqualität der EU (EG) zulassen. Dies lässt sich z.B. an den uneinheitlichen Entscheidungsverfahren (Einstimmigkeit vs. qualifizierte Mehrheit) und der ungleichen Kompetenzverteilung (ausschließliche vs. nicht-ausschließliche Kompetenz) beobachten.

## Literaturliste

Billiet, Stijn (2006): From GATT to the WTO: The International Struggle for External Competences in the EU, in: *Journal of Common Market Studies* 44:5, S. 899-919.

Bogdany, Armin von/ Bast, Jürgen/ Westphal, Dietrich (2003): Die vertikale Kompetenzordnung im Entwurf des Verfassungsvertrags, in: *Integration* 26:4, S. 414-427.

Dür, Andreas/ Zimmermann, Hubert (2007): Introduction: The EU in International Trade Negotiations, in: *Journal of Common Market Studies* 45:4, S. 771-787.

Egeberg, Morten (2004): An organisational approach to European integration: Outline of a complementary perspective, in: *European Journal of Political Research* 43:2, S. 199-219.

Elgström, Ole (2007): Outsiders' Perceptions of the European Union in International Trade Negotiations, in: *Journal of Common Market Studies* 45:4, S. 949-967.

Elsig, Manfred (2007): The EU's Choice of Regulatory Venues for Trade Negotiations: A Tale of Agency Power?, in: *Journal of Common Market Studies* 45:4, S. 927-948.

Haratsch, Andreas/ Koenig, Christian/ Pechstein, Matthias (2006): *Europarecht*. Tübingen.

Heisenberg, Dorothee (2005): The institution of 'consensus' in the European Union: Formal versus informal decision-making in the Council, in: *European Journal of Political Research* 44:1, S. 65-90.

Maurer, Andreas (2003): Orientierungen im Verfahrensdickicht? Die neue Normenhierarchie der Europäischen Union, in: *Integration* 26:4, S. 440-453.

Maurer, Andreas/ Matl, Saskia (2003): Steuerbarkeit und Handlungsfähigkeit: Die Reform des Ratssystems, in: *Integration* 26:4, S. 483-492.

Metz, Andreas (2007): Die Außenbeziehungen der Europäischen Union nach dem Vertrag über eine Verfassung für Europa. Eine Untersuchung aus kompetenzrechtlicher Sicht – mit Erläuterungen zu den Außenkompetenzen nach dem Vertrag von Nizza. Berlin.

Meunier, Sophie (2007): Managing Globalisation? The EU in International Trade Negotiations, in: *Journal of Common Market Studies* 45:4, S. 905-926.

Nickel, Dietmar (2003): Das Europäische Parlament als Legislativorgan – zum neuen institutionellen Design nach der Europäischen Verfassung, in: *Integration* 26:4, S. 501-509.

Peters, Dirk/Wagner, Wolfgang (2005): Die EU in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen, in: Holzinger, Katharina u.a. (Hrsg.): *Die Europäische Union. Theorien und Analysekonzepte*. Paderborn u.a., S. 218-244.

Scholl, Bruno (2003): Wie tragfähig ist die neue institutionelle Architektur der EU? Der Verfassungsentwurf des Konvents im Spiegel nationalstaatlicher Präferenzen, in: *Integration* 26:3, S. 204-217.

Thomson, Robert/ Boerefijn, Jovanka/ Stokman, Frans (2004): Actor alignments in European Union decision making, in: *European Journal of Political Research* 43:2, S. 237-261.

Woolcock, Stephen (2005): Trade Policy. From Uruguay to Doha and Beyond, in: Wallace, Helen/ Wallace, William/ Pollack, Mark (Hrsg.): *Policy-Making in the European Union*. Oxford, S. 377-400.